

Freie Schulwahl: So läuft's im Ausland

Zürich. – Bürgerliche Politiker und die Elternlobby streben in der Schweiz die freie Schulwahl an. Damit werde für mehr Gerechtigkeit gesorgt, weil nicht nur Bessergüter die Wahlfreiheit hätten, sondern auch die weniger Privilegierten. Private Schulen müssten Schüler ohne Einschränkungen aufnehmen. Der Staat hätte ihnen den gleichen Betrag pro Schüler zu zahlen, wie dieser an der staatlichen Schule kosten würde. Die freie Schulwahl wird vor allem in linken Kreisen abgelehnt.

Und was bringt sie tatsächlich? Der TA hat sich im Ausland umgesehen. Überraschende Erkenntnis: Im zentralistisch geführten Schweden ist die freie Schulwahl erfolgreich und in der Bevölkerung breit abgestützt. Die Schulen stehen in scharfem Wettbewerb zueinander. In den USA haben einzelne Bundesstaaten Bildungsgutscheine eingeführt, was den Eltern gewisse Freiheiten bei der Wahl der Ausbildungsstätte lässt. Die Erfahrungen sind jedoch sehr gemischt. (TA)

Kommentar 5. Spalte, Bericht Seite 10

Kann der Anspruch eingelöst werden? Wer über die Grenzen schaut, stellt fest: In Ländern mit freier Schulwahl sind die Profile der Schulen unterschiedlicher als bei uns. Die Qualität der Ausbildung ist aber nicht generell höher. In den USA hat die freie Schulwahl zu einer noch grösseren Trennung der Gesellschaftsschichten geführt. In Holland wird gar von schwarzen und weissen Schulen gesprochen.

Eine echte Wahlfreiheit gibt es nicht, oder zumindest nicht für alle. Das zeigt sich auch an den Zürcher Mittelschulen, wo die freie Schulwahl gilt. Im beliebten Stadtzürcher Gymnasium Rämibühl beispielsweise müssen jedes Jahr Dutzende von überzähligen Schülern abgewiesen und auf andere Schulen im Kanton verteilt werden. Warum soll das in der Volksschule anders sein? Im Vorteil wären jene mit Einfluss und guten Beziehungen. Die anderen liefen Gefahr, auf den Wartelisten stehen zu bleiben.

Ob die Liberalisierung der Volksschule für mehr Gerechtigkeit und Fairness sorgt, ist ungewiss. Vermutlich wäre es besser, in den neuen Elternräten der öffentlichen Schule aktiv mitzumachen – und zum Beispiel für die Anstellung fähiger Lehrkräfte zu sorgen: Sie sind erwiesenermassen die Schlüsselfiguren für erfolgreiche Schullaufbahnen.

Tagesanzeiger
vom 18.6.08

KOMMENTAR

Fähige Lehrer sind wichtiger

Von Daniel Schneebeli

Reklamationen über Missstände an den Volksschulen sind selten. Wenns Ärger gibt, machen die meisten Eltern einfach die Faust im Sack.

Die Unzufriedenheit mit der Schule hat inzwischen aber ein solches Ausmass erreicht, dass die Eltern ihre Zurückhaltung abgelegt haben. Sie wollen selbst entscheiden können, welche Schulen ihre Kinder besuchen. Und nicht von selbstgefälligen Behörden und Lehrpersonen bevormundet werden.

Mit Volksinitiativen für die freie Schulwahl hat die Elternlobby nun landauf, landab eine Bildungsdebatte lanciert, die alle Bevölkerungsschichten erfasst. Wettbewerb soll die Schulen zwingen, die Bedürfnisse der Eltern stärker zu berücksichtigen und den Kindern bessere schulergänzende Angebote, mehr individuelle Förderung, mehr Qualität im Unterricht zu bieten. Bessere Schulen für alle also.

Kolumbien: Bildungsgutscheine für die Armen sind gescheitert

Von Sandro Benini, Mexico City

Ein grösseres Projekt, um das Schulsystem dank Bildungsgutscheinen zu verbessern, hatte es zuvor in keinem anderen Entwicklungsland gegeben. Zwischen 1991 und 1998 erhielten jährlich bis zu 90 000 kolumbianische Sekundar- und Mittelschüler im Rahmen des Programms Paces Stipendien, um Privatschulen zu besuchen. Eifersüchteleien zwischen regionalen Schulbehörden, politische Streitigkeiten sowie das Gezerre um Geld brachten Paces schliesslich zum Scheitern. Heute gibt es ähnliche Programme nur noch in einzelnen Regionen und Gemeinden, während auf nationaler Ebene kein vergleichbarer Versuch mehr durchgeführt wurde.

In den meisten Ländern Lateinamerikas gewährleisten einzig die privaten Schulen eine akzeptable Ausbildung. Die staatlichen Institute serbeln hingegen vor sich hin. Sie haben mit Finanzknappheit, veralteter Infrastruktur und unzufriedenem Personal zu kämpfen. Das von der Weltbank mitfinanzierte Paces-Projekt weckte deshalb in den 90er-Jahren die Hoffnung, zumindest Kolumbien könnte der auf dem Kontinent verbreiteten Bildungsmisere entkommen.

Paces finanzierte rund zehn Prozent der landesweit an Privatschulen eingeschriebenen Sekundar- und Mittelschüler, obwohl sich nur gerade ein Viertel der Gemeinden am Programm beteiligte. Die unterstützten Schüler mussten nicht nur der Unterschicht angehören, sondern auch jünger als sechzehn Jahre sein. Zuvor durften sie niemals eine Privatschule besuchen. Wollten sie nach Ablauf eines

Schuljahres weiterhin von Paces profitieren, mussten sie einen guten Notendurchschnitt vorweisen.

Die kurze Lebensdauer des Programms verunmöglicht es, eine abschliessende Bilanz zu ziehen. Eine Studie kam jedoch zum Schluss, dass der Anteil der Schüler, welche die obligatorische Schulzeit beendeten, unter den Paces-Teilnehmern rund zehn Prozent höher war als unter den Nichtteilnehmern. Vergleiche der Schulleistungen ergaben hingegen keine nennenswerten Unterschiede.

Halbherzige Umsetzung

Bezeichnend für die Probleme lateinamerikanischer Schulsysteme waren die Gründe, die Paces scheitern liessen. Viele beteiligte Schulen mussten zu lange auf die versprochenen finanziellen Mittel warten. Die Leiter der privaten Bildungsinstitute fürchteten den Einfluss, den lokale Politiker auf ihre Schulen ausüben konnten. Ausserdem wurde das Projekt von der staatlichen Lehrgemeinschaft als erster Schritt zur Privatisierung des Bildungswesens gebrandmarkt. Unter den Eltern der Schüler nahm die Zufriedenheit mit Paces im Verlaufe der Zeit rapide ab, weil die Behörden versäumten, die Gelder an die Inflation anzupassen. Am Ende mussten die Eltern rund die Hälfte des Schulgeldes selber berappen. Zum wahren Paces-Killer wurde schliesslich eine offizielle Schätzung, wonach der Staat für jeden Platz an einer privaten Schule 24 Dollar mehr ausgab als an einer öffentlichen. So muss man für Paces dasselbe Fazit ziehen wie für viele lateinamerikanische Sozialprojekte: gut gemeint, halbherzig umgesetzt und an Entkräftung gestorben.